

Report

Der Iran als regionale Herausforderung
– Eindämmung oder Abschreckung?

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des zweiten Roundtables des Strasbourg Forums vom 29. April 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zu den Neuverhandlungen des Wiener Atomabkommens mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action).

Das Strasbourg Forum ist ein vom European Leadership Network (ELNET) veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern und weiteren Experten die Möglichkeit für einen vertieften politischen Austausch bietet. Mit drei virtuellen Roundtables und einem für Juni 2021 vorgesehenen Summit in Berlin wird so ein deutsch-französischer Impuls für Europas Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen des EU Strategic Compass Prozesses gegeben.

Die sicherheitspolitische Bedrohung durch das iranische Atomwaffenprogramm und das Streben nach regionaler Vormacht

Das iranische Atomwaffenprogramm stellt seit den

2000ern eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit Europas und des Nahen Ostens dar. In Reaktion auf diese Gefahr hat der UN-Sicherheitsrat seit Juli 2006 durch mehrere Resolutionen Sanktionen gegen den Iran verhängt, um den Staat zu einer Abkehr von seiner nuklearen Aufrüstung zu bewegen.

Durch das Verhängen der Sanktionen konnte ein wichtiger Anreiz für den Iran gesetzt werden, in Verhandlungen über sein Atomwaffenprogramm zu treten. Von den Teilnehmern des Strasbourg Forums wurde die Meinung vertreten, dass der erfolgreiche Abschluss des Wiener Atomabkommens im Juli 2015 ohne diese Sanktionspolitik schwer denkbar gewesen wäre.

In den vergangenen Jahren ist es zu einer ernstzunehmenden Eskalation zwischen dem Iran und den westlichen Staaten bezüglich Irans nuklearer Aufrüstung gekommen. Seit 2019 steht der Staat knapp an der Schwelle der Fähigkeit zum Bau atomarer Waffen. Internationale Übereinkünfte zur Kontrolle der iranischen nuklearen Entwicklungen werden nicht eingehalten.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Differenzierte Auseinandersetzung mit der vom iranischen Regime ausgehenden Bedrohung. Verhinderung einer nuklearen Aufrüstung durch den Iran.
- Einbindung aller regionalen Akteure in die Verhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten. Aufbau und Stärkung der UN Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen.
- Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.

Durch diese schrittweise Eskalation ist der Iran in den letzten Jahren wirtschaftlich und finanziell unter Druck geraten. Der iranische Staat sah sich gezwungen, in vielen Bereichen Kürzungen vorzunehmen. Dies schloss auch Zahlungen an Proxyorganisationen wie die Hisbollah ein: der Iran priorisierte jedoch selbst in der Krise seine finanziellen Leistungen an verbündete militärische Gruppen in der Region, obwohl die wirtschaftliche Not im eigenen Land zunahm.

Das iranische Atomwaffenprogramm stellt derzeit nicht die einzige ernste Bedrohung für die Sicherheit Europas und des Nahen Ostens dar. Regelmäßig kommt es zu Angriffen auf Saudi-Arabien durch iranische Proxykräfte. Auch andere Staaten der Region sind unmittelbar bedroht. Nukleare Waffen könnten dem Iran ein Mittel der Abschreckung geben, um diese Aktivitäten zu schützen und sogar auszubauen. Eine solche Entwicklung hätte ernste Auswirkungen auf die Stabilität des Nahen Ostens. Die konventionelle Bedrohung durch den Iran erwächst insbesondere aus seinem ballistischen Raketenprogramm, dessen Reichweite – wie auch die der iranischen militärischen Drohnen – stetig steigt.

Eine belastbare Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten

Unter den Teilnehmern des Forums bestand Einigkeit darüber, dass eine nukleare Aufrüstung des Irans um jeden Preis verhindert werden müsse, um die Stabilität im Nahen Osten sicherzustellen. Zudem würde das Ziel der Nichtverbreitung atomarer Waffen unterminiert. Dies allein sei für Europa inakzeptabel. Darüber hinaus werde eine Destabilisierung der Region auch direkte Auswirkungen auf Europa haben. Alle Seiten hätten so ein Interesse an Stabilität. Es gehe darum, eine Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu finden, die auch im positiven Sinne den Iran erfasst.

In Bezug auf das JCPOA hieß es von mehreren Seiten, dass das Abkommen selbst in seiner jetzigen Form besser sei als kein Abkommen. Im gleichen Atemzug wurde jedoch gefordert, die Begrenzung nuklearer Forschung seitens des Iran zu forcieren und

die Nichteinhaltung des Abkommens durch den Iran zu beenden. Das Abkommen sei zwar notwendig, jedoch nicht hinreichend: Ergänzungen in weiteren Bereichen müssten folgen.

Die Bedrohung der regionalen und überregionalen Sicherheit durch das iranische Expansionsstreben sollte jedoch nicht auf den Besitz von Atomwaffen reduziert werden. Die Verhinderung der nuklearen Aufrüstung könne daher nur ein erster Schritt sein. Insbesondere müsse die Frage der ballistischen Mittel- und Langstreckenraketen behandelt werden.

Näher diskutiert wurde auch, inwiefern ein „JCPOA+“ unter Einbeziehung der Frage nach ballistischen Raketen zu diesem Zeitpunkt möglich sei. Hier bestanden zwei Sichtweisen, die sich in ihrer zeitlichen Sequenzierung unterschieden. Während die eine Seite die zwei Fragen gebündelt in Verhandlungen mit dem Iran geregelt wissen möchte, hieß es andererseits, dass Verhandlungen über Mittel- und Langstreckenraketen bessere Aussichten auf Erfolg hätten, nachdem eine Einigung über die atomare Rüstung getroffen ist.

Es wurde angeführt, dass eine erfolgversprechende Verhandlungsstrategie sich auf noch in der Entwicklung befindende Raketensysteme wie das Khoramshahr-Programm konzentrieren könnte. Zugeständnisse in diesem Bereich würden dem Iran verhältnismäßig leichter fallen. So könnte ein entscheidender Schritt zu mehr Sicherheit im Nahen Osten getan werden. Dazu wurde angemerkt, dass iranische Proxyakteure bereits über eigene fortgeschrittene Fähigkeiten zur Produktion von ballistischen Raketen verfügen. So seien selbst Präzisionszielraketen für diese Akteure mittlerweile herstellbar. Dies müsse bei etwaigen Verhandlungen bedacht werden.

Insbesondere von deutscher Seite wurde betont, dass Wege gesucht werden müssen, weitere regionale Akteure in die Verhandlungen mit dem Iran einzubinden. So könne bestehenden Wünschen in der Region Rechnung getragen werden. In eine ähnliche Richtung zielte der Vorschlag, dass durch den Aufbau einer internationalen Organisation wie der OSZE

in Europa eine Institutionalisierung des sicherheitspolitischen Austausches zwischen allen Seiten im Nahen Osten gefördert werden könnte. Europa habe während des Kalten Krieges enorm von der Existenz der OSZE profitiert: Dieses Beispiel könnte auch in anderen Regionen Anwendung finden.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte der Verhandlungen mit dem Iran wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass der neu entfachte wirtschaftliche Aufschwung in der Region, entstanden durch das Abraham-Abkommen, den Anreiz zu kooperativerer Politik für den Iran erhöhen könnte. Die Aussicht auf Teilhabe an diesem Aufschwung könnte den Iran verleiten, Kompromisse einzugehen.

Eine deutsch-französische Strategie für den Nahen Osten?

Ein ausgiebig diskutierter Aspekt der Debatte beschäftigte sich mit der Frage der zukünftigen politischen strategischen Abstimmung Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf den Nahen Osten. Die Zeiten der durch amerikanische Politik abgesicherten Stabilität seien vorbei, sodass die beiden führenden

Staaten der Europäischen Union gemeinsam mehr Verantwortung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen müssten.

Hier wurde angeführt, dass die Bewegungsfreiheit der beiden Staaten und Europas durch eine klarere Definition gemeinsamer Interessen erhöht werden müsse. Von französischer Seite wurde nachdrücklich betont, dass es innerhalb der Europäischen Union zum jetzigen Stand einen ausgeprägten Mangel an strategischem Bewusstsein gebe. Eine gemeinsame strategische Kultur Europas oder selbst Deutschlands und Frankreichs sei derzeit nicht erkennbar. Hier wurde das Bestreben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron hervorgehoben, einen europäischen Konsens zur nuklearen Abschreckung zu entwickeln. Eine gemeinsame Doktrin sei hier vonnöten. Genauso brauche es eine gemeinsame Einschätzung bestehender strategischer Gefahren. Der Fall der Verhandlungen über ein Nuklearabkommen mit dem Iran über das Atomprogramm zeige dies einmal mehr.

Berlin, Mai 2021